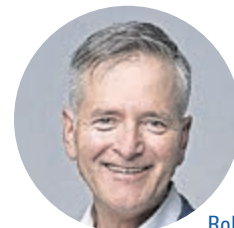


BASELBIETER
FREISINN
Wir machen die Schweiz stark!

Kantonales Energiegesetz BL 2024

Editorial von Robert Vogt


Robert Vogt

Am 9. Juni wird das revidierte kantonale Energiegesetz dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Das neue Dekret zum Energiegesetz, das sich auf den unveränderten Artikel 10 «Anteil erneuerbarer Energien» bezieht, wurde bereits vom Landrat verabschiedet und steht deshalb nicht zur Abstimmung.

Im Januar 2022 hat der Regierungsrat den kantonalen Energieplanungsbericht 2022 der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin wurden die Energienachfrage und das -angebot analysiert sowie klare Ziele und Massnahmen, inklusive Massnahmenliste, zur Zielerreichung definiert.

Angesichts des hohen Anteils fossiler Energieträger, der kantonal noch bei 82% liegt, und dem Ziel des Bundesrates, diesen Anteil schweizweit bis 2050 auf 0% zu reduzieren, wurde deutlich, dass einschneidende Massnahmen notwendig sind, um den Energieverbrauch im Baselbiet fossilfrei zu gestalten. Obwohl die reflexartige Reaktion auf eine Gesetzesverschärfung als «Freisinniger» zunächst eine ablehnende Haltung auslöste, wurde rasch klar, dass das Ziel netto null Treibhausgasemissionen nur erreicht werden kann, wenn möglichst rasch geeignete Massnahmen ergriffen werden. Das revidierte Energiegesetz entspricht dieser Forderung und wurde am 28. September 2023 vom Landrat beschlossen.

Am kontroversesten wurde jedoch das Dekret zum Energiegesetz diskutiert, das ab 2026 nur noch erneuerbare Heizsysteme oder Fernwärme zulässt. Diese Regelung, die in Basel-Stadt und einigen anderen Kantonen bereits umgesetzt worden ist, entspricht dem Musterreglement der Energiedirektorenkonferenz. Dieses Gesetz enthält verbindliche Ausnahmen wie «Härtefall», «technisch nicht möglich» oder «unwirtschaftlich», die ein verantwortungsbewusstes und umsetzbares Handeln ermöglichen.

Dieses sehr wirkungsvolle Dekret zum Energiegesetz kann von verantwortungsbewussten Freisinnigen mitgetragen werden. Im Landrat wurde das Dekret deutlich angenommen, auch die Mehrheit der FDP-Landratsfraktion stimmte zu.

Robert Vogt, FDP Landrat Kanton Basel-Landschaft und Gemeinderat Allschwil

Aus der Geschäftsleitung:

Ferdinand Pulver tritt als Parteipräsident zurück.

Seite 3

Verjüngung der parteiinternen Gremien

Wahl-Parteitag 2024

Seite 4

Ja zum Baselbieter Energiegesetz

Alain Bai zur Revision des kantonalen Energiegesetzes

Seite 5

Risikoreiche Gesundheitsinitiativen

Prämien-Entlastungs- und Kostenbremse-Initiative senken keine Gesundheitskosten und gefährden die Versorgungsqualität

Seite 6 und 7

Für sicheren, nachhaltigen Schweizer Strom

Stromgesetz Ja!

Seite 8

Jungfreisinnige Baselland

Blick nach vorne richten

Seite 9

Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10–12 Gesundheitsinitiativen
- 13 Kommunalwahlen im Tessin
- 14/15 FDP Frauen
- 16/17 FDP Basis
- 18/19 FDP Urban
- 20 KMU-Sicht
- 21 Solothurner Initiative 1:85
- 22 NZZ-Interview Thierry Burkart
- 23 Kolumne Johanna Gapany



Gesundheitsreformen unter der Lupe

Risiken und Nebenwirkungen

Liebe Freisinnige

Wir stehen mitten im Abstimmungskampf zu zwei «Gesundheitsinitiativen», die diesen Namen gar nicht verdienen. Beide Initiativen nehmen zwar echte Sorgen der Bevölkerung auf. Sie liefern aber keine Lösung, weder für ein besseres Gesundheitssystem noch gegen steigende Kosten. Die Prämientlastungsinitiative der SP führt zu einem Finanzierungsbedarf von bis zu 11,7 Mrd. Franken. Steuererhöhungen wären unumgänglich und KMU und Mittelstand würden einmal mehr zur Kasse gebeten. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte führt zur Zweiklassenmedizin, weil Leistungen im Gesundheitswesen rationiert werden müssen. Anstatt einer Kostenersparnis drohen wegen des möglichen Verzichts auf moderne Behandlungsmethoden und Medikamente sogar Folgekosten.

Über 1200 Franken Mehrkosten pro Haushalt!

Derzeit diskutiert die Schweiz die Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Klar ist, dass die angenommene Initiative per 2026 umgesetzt werden muss. Bei der Suche der benötigten 5 Milliarden muss ein seriöser Sparprozess im Bundeshaushalt im Vordergrund stehen, erst danach soll die Diskussion über weitere Massnahmen starten. Sollte nun aber die Prämientlastungsinitiative angenommen werden, steht schon heute fest, dass wir nicht um bedeutende Steuererhöhungen herumkommen. Allein für die Mehrwertsteuer droht für einen durchschnittlichen Haushalt eine Zusatzbelastung von bis zu 1200 Franken pro Jahr! Darüber hinaus muss mit Erhöhungen der Kantonssteuern gerechnet werden.

Kostenbremse entpuppt sich als Gesundheitsbremse

Die «Kostenbremse» bremst die Gesundheitsver-

sorgung aus. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Denn der starre Sparzwang zwingt Ärzte und Spitäler, Leistungen zu rationieren. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die «Kostenbremse» führt zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin.

Gegenvorschläge wirken gezielter und rascher

Das Parlament hat als Alternative zu beiden extremen Initiativen vernünftige Gegenvorschläge beschlossen, die bei Ablehnung der Initiativen zum Zug kommen. Einerseits werden die Kantone dazu verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Das führt zu einer Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und respektiert den Föderalismus. Andererseits werden klare Kostenziele in der obligatorischen Krankenversicherung eingeführt. Dadurch wird das Kostenwachstum auf ein effizientes Mass beschränkt.

Gesundheit ist das höchste Gut

Es gilt, die gefährlichen Risiken und Nebenwirkungen dieser zwei süffig daherkommenden Initiativen genau zu betrachten. Der Leistungsabbau wie auch die absehbaren Mehrwertsteuererhöhungen auf über 10% wird die Schwächsten und den Mittelstand besonders betreffen. Darum empfehle ich Ihnen 2x Nein zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Aus der Geschäftsleitung

Rücktritt als Parteipräsident

Am letzten Parteitag in Hölstein habe ich bekannt gegeben, dass ich nach drei Jahren Amtszeit per Parteitag vom 5. September 2024 als Parteipräsident der FDP BL zurücktrete. Trotz dieser Ankündigung haben mir die Delegierten das Vertrauen geschenkt und der Partei mit meiner Wiederwahl die Zeit gegeben, die es braucht, um meine Nachfolge zu regeln.

Ich blicke auf eine intensive, anforderungsreiche, aber immer interessante Amtszeit zurück, die geprägt war vom Wahljahr mit seinen Anforderungen. Ich blicke zurück auf die erfolgreich geführten Kampagnen bei den kantonalen Abstimmungen. Ich habe mich innerhalb der Bürgerlichen Allianz mit Überzeugung für unsere gemeinsamen Interessen eingesetzt. Es ist uns gelungen, bei den kantonalen Wahlen unseren Regierungsratsitz und unsere Sitze im Landrat zu halten. Bei den

nationalen Wahlen konnten wir unseren Nationalratsitz halten. Im gleichen Jahr konnten wir einmal Wähleranteile gewinnen und einmal haben wir verloren. Zusammenfassend haben wir unsere Ziele erreicht, das erfüllt mich mit Befriedigung. In meiner Amtszeit war es mir wichtig, die Partei ruhig, umsichtig und besonnen zu führen, mit den Menschen wertschätzend umzugehen, ein Wir-Gefühl in die Partei zu bringen.

Nun kandidiere ich fürs Gemeindepräsidium in Reinach und möchte in Zukunft meine Ressourcen für die Gemeindepolitik einsetzen. Es ist jetzt ein guter Zeitpunkt für eine Übergabe. Die kommenden drei Jahre ohne Wahlen bieten Gelegenheit, die Partei in Ruhe weiterzubringen. Eine Partei braucht meiner Meinung nach regelmässige Erneuerung, auch das ist ein Grund für meinen Rücktritt.



So werde ich nun die Partei mit voller Konzentration weiterführen. Ich werde die verbleibenden Monate geniessen, denn ich habe unsere Partei als Präsident sehr schätzen gelernt.

Ferdinand Pulver, Parteipräsident

Termine 2024

5. September: Parteitag in Pratteln

28. Oktober: Pfeffinger Forum

Wir machen
die Schweiz stark!

Verjüngung der parteiinternen Gremien

Wahl-Parteitag 2024

Am 31. März wurden in Hölstein die Mitglieder der internen Gremien gewählt.

Marianne Hollinger aus Aesch, Marc Schinzel aus Binningen und Klaus Endress aus Reinach überlassen ihre Ämter in der Parteileitung der jüngeren Generation. Ihre langjährige Mitarbeit wurde mit einem grossen Applaus verdankt. Auch diejenigen, die zum Teil nach vielen Jahren aus den weiteren Gremien zurückgetreten sind, wurden herzlichst verdankt. Parteipräsident Ferdinand Pulver ist stolz darauf, durch die deutliche Verjüngung der Gremien die Partei für die Zukunft gut aufgestellt zu sehen.

Es wurden gewählt für die Amtsperiode vom 1. April 2024 bis zum 31. März 2028:

Der Parteipräsident

Ferdinand Pulver, Reinach

Der Kassier

Stephan Hohl, Aesch (neu)

Die Parteileitung

Alain Bai, Muttenz

Cyril Bleisch, Münchenstein (neu)

Sven Inäbnit, Binningen (neu)

Nadine Jermann, Buus (neu)

Brigit Kron, Reinach (neu)

Sven Inäbnit wurde an der ersten Sitzung der neuen Parteileitung zum **Vize-Präsidenten** gewählt.

Ex-Officio in der Parteileitung sind:

Monica Gschwind, Hölstein, Regierungspräsidentin

Daniela Schneeberger, Thürnen, Nationalrätin

Andreas Dürr, Biel-Benken, Fraktionspräsident

Thekla Homberger, Füllinsdorf,

Geschäftsführerin

Die 15 frei zu wählenden Mitglieder des Parteirates

Kathrin Gürter, Allschwil

Dominik Fricker, Arboldswil

Johann Hofer, Sissach

Beat E. Walther, Binningen

Christoph Gehr, Ettingen

Kurt Greiner, Liestal

Rudolf Mohler, Oberwil

Max Hippenmeyer, Pratteln

Suzanne Imholz-Heiniger, Sissach

Brigitte Treyer, Arlesheim

Daniel Setz, Binningen

Christina Jeanneret, Oberwil

Beat Thommen, Ziefen

Michael Salem, Muttenz

Kurt Züllig, Ettingen

Zurückgetreten sind: Andreas Linder,

René G. Kessler, Marco Derungs und

Sibylle von Heydebrand.

Die eidgenössischen Delegierten (14 Sitze)

Stephan Kux, Arlesheim

Alain Bai, Muttenz

Sebastian Binggeli, Oberwil

Andreas Eugster-Rahm, Oberwil

Cristian Schreibmüller, Liestal

Andreas Seiler, Pratteln

Otto Rudin, Reinach

Isabelle Auderset, Reinach

Manuela Schällibaum, Gelterkinden

Roy Gradl, Frenkendorf

Sandra Jenni, Zunzgen

Silvia Lerch, Pratteln

Saskia Schenker, Itingen

Marc Schinzel, Binningen

Zurückgetreten sind: Stefan Steinemann,

Dieter Bollinger und Lucio Sansano

sowie die Ersatzdelegierten

Brigitte Vogel, Aesch

Dominik Baumgartner, Allschwil

Justin Gauch, Therwil

Lucio Sansano, Reinach

Marianne Hollinger, Aesch

Dieter Bolliger, Ettingen

Zurückgetreten sind:

Peter Graham Lancashire, Kurt Züllig,

Paul Aenishänslin, Katja Iseli, Naomi Reichlin

Die Mitglieder der Kontrollstelle

Urs Müller, Frenkendorf

Adrian Schaller, Ziefen

Martin Dettwiler, Seltisberg

Die Mitglieder der Rekurskommission

Cornelia Friedli-Schuler, Oberwil

Annette Meyer Lopez, Oberwil

Andreas Linder, Allschwil

Peter Brodbeck, Liestal

Gina Barra, Arlesheim

Zurückgetreten sind: Christine Boldi,

Max Rechsteiner, Peter Tobler

Thekla Homberger, Geschäftsführerin



Bild, von links: Nadine Jermann, Buus (neu); Cyril Bleisch, Münchenstein (neu); Stephan Hohl, Aesch (Kassier); Ferdinand Pulver, Reinach (Parteipräsident); Sven Inäbnit, Binningen (neu); Alain Bai, Muttenz; Andreas Dürr, Biel-Benken (Fraktionspräsident, ex-off); Birgit Kron, Reinach (neu)

Gemeinderatswahlen

34 FDP-Gemeinderäte wurden wiedergewählt und 10 FDPler wurden neu in den Gemeinderat gewählt. Wir gratulieren allen Gewählten und danken herzlich, dass sie den Freisinn in ihren Gemeinden vertreten.



Die FDP-Fraktion trug in der Kommissionsberatung und im Landrat massgebend zu einer Entschärfung des Energiegesetzes bei. Durch zahlreiche Änderungsanträge, welche ganz im Zeichen des raschen Zubaus von Bandenergie und Energiespeicher, der Technologieoffenheit und des schonenden Umgangs mit natürlichen Ressourcen sowie der verträglichen Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen standen, sollten grundlegende liberale Werte berücksichtigt und unnötige Markteingriffe verhindert werden. Zudem legte die FDP-Fraktion von Beginn weg grossen Wert auf eine Härtefallregelung und die Wirtschaftlichkeit sämtlicher Massnahmen.

Die vorliegende Revision des kantonalen Energiegesetzes hat zum Ziel, das auf nationaler Ebene in einer Volksabstimmung mit einem Ja-Anteil von knapp 60% beschlossene Netto-Null-Emissionsziel bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Dies erfordert mitunter einen höheren Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch und eine Verbesserung der Energieeffizienz. So soll etwa der Heizwärmebedarf pro Quadratmeter Energiebezugsfläche und Jahr bis ins Jahr 2050 auf durchschnittlich 40 kWh gesenkt werden, was dem Minergie-Standard entspricht. Zudem sollen fortan gewisse Neubauten mit Einrichtungen zur Gebäudeautomation ausgestattet werden, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Davon sind aber weder Wohnbauten noch bestehende Bauten betroffen. Zudem sind für neue und bestehende Nichtwohnbauten mit einem jährlichen Elektrizitätsverbrauch zwischen 0,2 und 0,5 GWh periodische Betriebsoptimierungen für die Gewerke Heizung, Lüftung, Klima, Kälte, Sanitär, Elektro und Gebäudeautomation vorgesehen. Beide Massnah-

men dürften auch im Interesse der jeweiligen Eigentümer liegen, führen sie letztlich doch zu einer Senkung der Betriebskosten. Des Weiteren stellt das neue Energiegesetz Vorschriften über die Energiegewinnung und -speicherung im Untergrund auf. Es dürfte im Interesse der Allgemeinheit liegen, dass etwa die Nutzung des tiefen Untergrunds (>3000 m) bewilligungspflichtig ist und der Kanton die geeigneten Gebiete für die Nutzung des untiefen Untergrunds (<400 m) bezeichnet. Darüber hinaus sollen Gemeinden künftig mit Betreibern von thermischen Netzen Konzessionsverträge abschliessen können. Und schliesslich sollen im Rahmen des erfolgreichen Baselbieter Energiepakets fortan auch Beiträge für Holzfeueranlagen, Massnahmen zur Förderung von emissionsarmen Kraftfahrzeugen sowie Anlagen zur Energiespeicherung und zur Produktion von erneuerbarer Energie ausgerichtet werden können. Die Anreize für Investitionen durch Private werden also ganz im Sinne des Freisinns weiter gestärkt.



In diesem Sinne ist es der FDP-Fraktion in der landrätlichen Beratung des Energiegesetzes insbesondere gelungen, weitreichende gesetzliche Vorschriften, wie etwa eine Regelung, wonach es den Gemeinden erlaubt gewesen wäre, für Baugebiete eine Anschlusspflicht für neue und bestehende Gebäude an Wärme- oder Kälteversorgungsnetze zu erlassen, zu verhindern. Zudem werden nicht wie vom Regierungsrat ursprünglich beantragt alle Gemeinden, sondern nur noch jene mit einem Gasnetz verpflichtet, in den nächsten fünf Jahren eine Energieplanung zu erstellen. Ausserdem ist es ebenfalls auf einen Antrag aus der FDP-Fraktion zurückzuführen, dass Neubauten nicht mit einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ausgerüstet werden müssen. Dies bleibt weiterhin Sache der einzelnen Eigentümer. Diese werden im Übrigen durch eine Härtefallregelung geschützt, wonach Ausnahmegewilligungen vorgesehen sind, sofern ausserordentliche Verhältnisse vorliegen und die Einhaltung der Gesetzesbestimmungen im Einzelfall eine unverhältnismässige Härte bedeutet.

Aus all diesen Gründen fassten die Delegierten der FDP BL am letzten Parteitag die Ja-Parole. Das vorliegende Gesetz stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner dar. So würde bei einer Ablehnung der Vorlage der Kampf gegen die ideologischen Ideen von Links-Grün von vorne beginnen. Dies gilt umso mehr, als das Dekret zum Energiegesetz nicht Gegenstand der vorliegenden Abstimmungsvorlage ist. Stattdessen wird sich das Kantonsgericht mit diesem befassen und mitunter darüber urteilen, ob die darin vorgesehene Regelung über den Heizungsersatz rechtmässig ist.

Alain Bai, Landrat



Risikoreiche Gesundheitsinitiativen

Prämien-Entlastungs- und Kostenbremse-Initiative senken keine Gesundheitskosten und gefährden die Versorgungsqualität

Die Prämien-Entlastungs-Initiative bedroht die Mittelstands-Steuerzahlenden massiv, dies ohne jeglichen positiven Einfluss auf die Gesundheitskosten. Mit der Kostenbremse-Initiative deckelt der Staat benötigte medizinische Leistungen und schafft ein Bürokratiemonster. Dies führt zu einer Zwei-Klassen-Medizin und wird die Qualität und Vielfalt der schweizerischen Gesundheitsversorgung erheblich beeinträchtigen.

Welche Familie ächzt wohl heutzutage nicht unter der Krankenkassenprämienbelastung? Insofern ist es verständlich, dass fieberhaft, ja mit grossem Aktionismus Wege gesucht werden, die Kosten im Gesundheitswesen zu stabilisieren.

Sind nun die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP und die Kostenbremse-Initiative der Mitte taugliche Rezepte für eine nachhaltige Kostenreduktion? Auf keinen Fall. Beide Initiativen bergen viele Risiken und Nebenwirkungen und sind klar abzulehnen.

In erster Linie ist der kontinuierliche Anstieg der Gesundheitskosten der gestiegenen Nachfrage nach Leistungen, dem medizinischen Fortschritt sowie offensichtlich der demografischen Entwicklung unserer Bevölkerung geschuldet. Umfragen in der Bevölkerung zeigen regelmässig, wie wichtig den Schweizerinnen und Schweizern eine qualitativ hochstehende, moderne und verfügbare Gesundheitsversorgung ist. Sie gehört international zu einer der besten und zu Recht wissen wir, dass wir uns im Falle einer Krankheit oder eines

Unfalls mit bester Qualität und ohne Wartezeit behandeln lassen können.

Genau Letzteres setzt aber die **Kostenbremse-Initiative** aufs Spiel. Sie fordert eine Deckelung der Gesundheitsausgaben. Die Initiative will die Entwicklung der Gesundheitskosten an die Lohnentwicklung koppeln: Steigen die Prämien stärker als die Löhne, sind Bund und Kantone verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen. Diese müssen ab dem nachfolgenden Jahr wirksam werden. Der Mechanismus der «Kostenbremse» ist jedoch absurd. Er koppelt die Gesundheitsausgaben starr an die Wirtschaftsentwicklung. Die Gesundheitsversorgung muss sich aber nach dem Bedarf der Patienten richten. Es darf nicht sein, dass Menschen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schlechter behandelt werden. Zudem droht ein Qualitätsverlust im Gesundheitswesen: Die Kostenziele führen zu einer Deckelung der Leistungen und damit zu Leistungsabbau wie Rationierungen und längeren Wartezeiten. Es geht also nicht darum, dass ein Versicherter für die Grundversicherung weniger bezahlen muss,

sondern darum, dass die obligatorische Grundversicherung die Gesundheitsleistungen nicht mehr bezahlt.

Stellen Sie sich vor, Sie benötigen im vierten Quartal einen Eingriff, der Ihnen verweigert wird, weil Ihr Arzt oder Ihr Spital das Kostenziel aufgrund der Nachfrage anderer Patienten in den ersten drei Quartalen überschritten hat! Hätten wir die Kostenbremse im Jahr 2000 eingeführt, würde die Grundversicherung heute bereits 37 Prozent aller Leistungen nicht mehr übernehmen! Sie müssten entweder selbst bezahlt werden oder würden schlicht nicht erbracht ... Womit wir bei einem grossen Schritt in Richtung einer Zwei-Klassen-Medizin angelangt wären. Wohlhabendere Patienten weichen auf private Gesundheitsdienstleister aus, während einkommensschwächere auf die öffentliche Gesundheitsversorgung angewiesen sind, die möglicherweise unterfinanziert und überlastet ist. Oder bestimmte Anbieter sehen sich gezwungen, die Qualität ihrer Dienstleistungen zu senken, um ihre Kosten zu decken.

Wichtig auch: Durch die Deckelung der Preise für medizinische Leistungen wird der Anreiz für Investitionen in Forschung und Entwicklung im Gesundheitswesen verringert. Dies könnte langfristig zu einem Mangel an neuen Behandlungsmethoden und Medikamenten führen, die das Potenzial haben, unsere Gesundheitsversorgung zu verbessern und Leben zu retten.

Die Kostenbremse-Initiative ist ein gefährliches Experiment, das die Bürokratie aufbläht, Ungleichheiten schafft und die Errungenschaft unserer hochstehenden Gesundheitsversorgung riskiert.

Die **Prämien-Entlastungs-Initiative** verlangt, dass die Prämienbelastung eines Haushalts nicht mehr als 10 Prozent des «verfügbaren» Einkommens sein darf. Dies mag auf den ersten Blick als eine Kompensation für die steigenden Gesundheitskosten erscheinen, doch offensichtlich wird deutlich, dass sie keine nachhaltige Senkung der Gesundheitsausgaben bewirken wird. Vielmehr handelt es sich um eine reine Umverteilungsmassnahme, bei der die Kosten lediglich von den Versicherten auf die Steuerzahler und den Bundeshaushalt verlagert werden. Mit einer solchen Umverteilungsübung wird kein Franken an Gesundheitskosten eingespart. Schlimmer, die Initiative lenkt von der Notwendigkeit struktureller Veränderungen im Gesundheitswesen ab, da sie täuschend mit einer direkten finanziellen Entlastung für die Prämienzahlenden winkt. Doch weit gefehlt: Prognosen gehen von einer Mehrbelastung des Staatshaushalts durch höhere Prämienverbilligungen von 8 bis 10 Milliarden Franken im Jahr 2030 aus – mehr als doppelt so viel, wie uns die 13. AHV-Rente kostet! Allein für Baselland schätzt der Bund die jährlichen Mehrkosten auf fast 75 Mio. Franken – das Volumen der Prämienverbilli-

gung im Kanton Baselland betrug 2020 im Vergleich 49,4 Mio. Franken. Würde man diese Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren, wäre eine Erhöhung um 2–3 Prozentpunkte notwendig. Dies würde wiederum die Kaufkraft des Mittelstands massiv schwächen und Produkte und Dienstleistungen in der Schweiz signifikant verteuern. Für einen einzelnen Haushalt bedeutete dies eine Zusatzbelastung von 1200 Franken pro Jahr! Die Gesundheitskosten einfach anders aufzuteilen, so wie das die Initiative will, bringt deshalb wenig. Steuerzahler und der Bundeshaushalt müssten weiterhin die steigenden Gesundheitskosten tragen, anstatt dass die Versicherten durch effizientere Lösungen und Einsparungen entlastet werden. Vielmehr sollte im Gesundheitswesen durch tieferegreifende Reformen endlich das Kostenwachstum gedämpft werden.

Darüber hinaus würde die Prämien-Entlastungs-Initiative die individuelle Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für ihre Gesundheitskosten untergraben. Anstatt Anreize für einen bewussten Umgang mit Gesundheitsressourcen zu schaffen, entbindet sie die Versicherten von ihrer persönlichen Verantwortung und schafft Anreize für einen sorgloseren Umgang mit Gesundheitsleistungen. Die Versicherten wüssten, dass – ungeachtet der Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen – ein Kostendach von 10 Prozent des Einkommens besteht. Jeder Sparanreiz ginge so verloren.



Sven Inäbni.

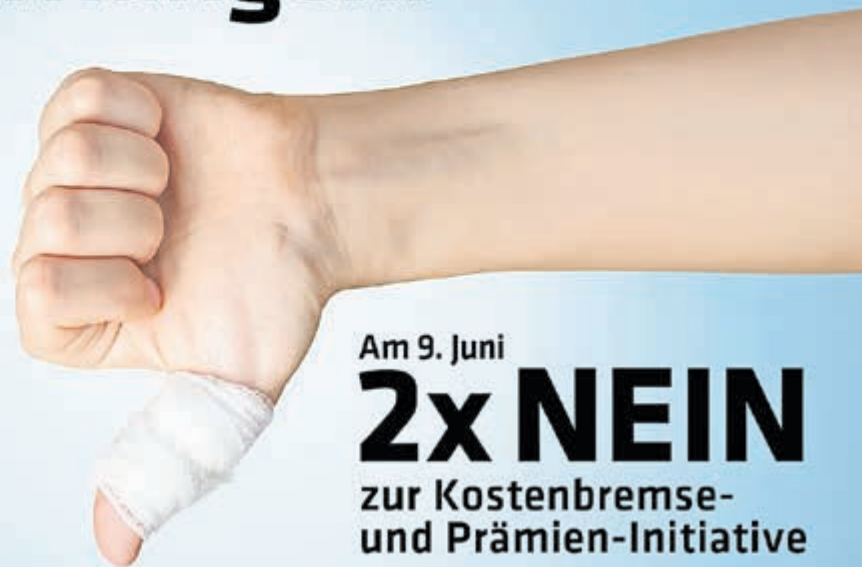
Zu beiden Volksinitiativen hat das Parlament je einen indirekten Gegenvorschlag beschlossen, der bei einer Ablehnung der jeweiligen Initiative in Kraft treten würde. Darin ist einerseits eine moderate Anpassung der Prämienverbilligung vorgesehen und andererseits der Weg zu mehr Kostentransparenz vorgeschrieben.

Beide Initiativen sind reine Symbolpolitik und daher abzulehnen. Es muss uns vielmehr gelingen, endlich wichtige grosse Reformen im Gesundheitswesen voranzubringen, beispielsweise eine Förderung digitaler Lösungen und die Vereinheitlichung der Finanzierung von stationären und ambulanten Leistungen, welche bekannte teure Fehlanreize eliminieren wird.

Sven Inäbni, Landrat/Vizepräsident FDP BL

Gefährliche Risiken und Nebenwirkungen.

Kostet pro Haushalt und Jahr zusätzlich 1200.-



Am 9. Juni

2x NEIN
zur Kostenbremse-
und Prämien-Initiative

Marc Schinzel, Landrat FDP



«Mit dem Stromgesetz sorgen wir dafür, dass wir in der Schweiz den Ausstieg aus den fossilen Energien schaffen und dennoch genügend Strom produzieren.»

Das Stromgesetz (sog. «Mantelerlass»), über das wir am 9. Juni abstimmen, schafft die Grundlage für eine sichere, nachhaltige Stromversorgung der Schweiz mit erneuerbaren Energien. Der Ausbau der Wasserkraft und der Solarenergie steht im Vordergrund und soll durch eine Reduktion von Planungsvorschriften erleichtert werden. Für die Konsumentinnen und Konsumenten fallen keine neuen Abgaben an.

Heute stehen wir im Strombereich vor grossen Herausforderungen. Zur Erreichung der Klimaziele beschloss das Volk 2017 mit der «Energiestrategie 2050» die Abkehr von fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas. Auf absehbare Zeit müssen wir, weil es so beschlossen wurde, aus der Kernenergie aussteigen (die FDP will die bestehenden AKW, so lange sie sicher sind, weiterbetreiben und ist gegen Technologieverbote, die AKW der neusten Generation ausschliessen). Auf Sand gebaut ist die 2017 propagierte Vorstellung, man könne Stromengpässe im Winter problemlos mit Importen aus dem Ausland decken. Versorgungsengpässe wegen des Ukraine-Kriegs, der Ausstieg aus Kohle, Erdöl, Erdgas und Kernkraft in Deutschland sowie die Abschaltung französischer AKW im Winter 2022/23 zeigten, dass wir uns nicht auf das Ausland verlassen können.

Heute verbraucht die Schweiz ca. 61 Terawattstunden (TWh) Strom pro Jahr. Wegen E-Autos, Wärmepumpen, der Digitalisierung und der Bevölkerungszunahme werden wir künftig viel mehr Strom brauchen. Schätzungen gehen für 2090 von 90 TWh aus, d. h. 50% mehr als heute. 23 TWh

Atomstrom müssen wir längerfristig ersetzen. Wir müssen unsere Stromproduktion massiv ausbauen. Da setzt das Stromgesetz an.

– Das Stromgesetz setzt Zielvorgaben für den Produktionsausbau. Bis 2035 sollen 35 TWh Strom aus Sonne, Wind, Biomasse oder Geothermie erzeugt werden (heute ca. 5 TWh). Der Strom aus der gut genutzten Wasserkraft soll von heute 32 TWh auf 38 TWh gesteigert werden.

– Das Stromgesetz setzt Sparziele. Mittels Einsparungen und Energieeffizienz soll der Stromkonsum pro Person bis 2035 verglichen mit dem Jahr 2000 um 13% niedriger ausfallen. Auch im Winter, wo die grössten Engpässe drohen, sollen bis 2035 zwei TWh Strom gespart werden.

– Das Stromgesetz reduziert die Planungsvorschriften für spezifische Grossanlagen. Darunter fallen 16 konkrete Projekte für Wasserkraftwerke (vier sind neu, bei anderen geht es um die Erhöhung der Staumauern), aber auch für Solar-

grossanlagen und Windanlagen an geeigneten Standorten, die von nationaler Bedeutung sind.

– Die heutige Förderung neuer Produktionsanlagen, die 2030 ausläuft, wird bis 2035 verlängert. Der dafür nötige Fonds wird aus dem Netzzuschlag gespeist. Dieser beträgt 2,3 Rappen/KWh und bleibt unverändert.

– Das Stromgesetz schafft Energiereserven für den Winter (Winterreserve). Die Wasserkraftwerke müssen gegen Entschädigung obligatorisch daran teilnehmen. Die Grösse der Reserve für den kommenden Winter wird im Sommer festgelegt.

– Das Stromgesetz harmonisiert die Einspeisevergütung für Solarstrom. Heute gibt es in der Schweiz grosse Unterschiede.

– Die Netznutzungskosten sollen solidarisch auf die ländlichen und städtischen Gebiete verteilt werden.

Mit dem Stromgesetz sorgen wir dafür, dass wir in der Schweiz den Ausstieg aus den fossilen Energien schaffen und dennoch genügend Strom produzieren, der den längerfristigen Wegfall des Atomstroms und den erwarteten deutlichen Mehrbedarf deckt. Die FDP Schweiz, die FDP BL und ich empfehlen Ihnen, das Stromgesetz anzunehmen.

Marc Schinzel, Landrat FDP

Präsidentin Jungfreisinn Basel-Stadt Alexandra Leake und Präsident Jungfreisinn Basel-Landschaft



Blick nach vorne richten

Die Jungfreisinnigen BL

Der Jungfreisinn Baselland macht einen weiteren Schritt nach vorne und lanciert politische Projekte. Dieser Schritt ist essenziell, denn wir verfolgen das Ziel, aktiver am politischen Diskurs teilzunehmen. Die politische Bühne der Jungparteien wird dominiert durch Klientelthemen, unseriöses Geschrei und Effekthascherei. Der Jungfreisinn Baselland hat gemeinsam mit dem Jungfreisinn Basel-Stadt eine Petition lanciert, welche ich Ihnen näherbringen möchte:

Die Jungfreisinnigen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt fordern eine Podcast-Pflicht für Vorlesungen an der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Wir setzen uns für die Studierenden ein, um die Vereinbarkeit von Beruf und Studium zu stärken. Ein Umdenken ist dringend.

Problematik:

Viele Studierende der Universität Basel und der FHNW sehen sich mit der Problematik konfrontiert, Studium und Beruf in Einklang bringen zu müssen. Aufgrund hoher Lebenshaltungskosten sowie des oft vorhandenen Bedürfnisses, bzw. teil-

weise auch der Anforderung, neben dem Studium praktische Erfahrungen im Beruf zu sammeln, sind schweizweit rund 73% der Studierenden mit der Herausforderung konfrontiert, Studium und Beruf unter einen Hut zu bringen. Durch Präsenzvorlesungen ohne Podcast- oder Streaming-Möglichkeiten wird die Vereinbarkeit von Beruf und Studienalltag oft unnötig zu einer Herkulesaufgabe. Dies ist ein Problem, das einfach lösbar wäre!

Forderung:

Wir Jungfreisinnigen fordern eine Podcast-Pflicht und lancieren dafür eine entsprechende Petition. Vorlesungen (ausgenommen Seminare, Praktika und Übungen) sollen übertragen und als Podcast aufgezeichnet werden. Dadurch könnten die Studierenden, bei einer Verhinderung, die Vorlesungen nachträglich nachschauen und aufarbeiten. Weiter wird durch eine Podcast-Pflicht sichergestellt, dass berufstätige Studierende nicht Gefahr laufen, wichtige Inhalte zu verpassen.

Für mich, als Präsident der Jungfreisinnigen Baselland, ist dies ein untragbarer Missstand. Studierende, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und

selber für den Lebensunterhalt sorgen, werden abgestraft. Das Vollzeitstudium ist ein Luxusgut, welches aus der Zeit gefallen ist. Ein Umdenken muss stattfinden. Viele Universitäten leben bereits heute eine Praxis, in welcher Vorlesungen grundsätzlich auch digital und im Nachhinein zugänglich gemacht werden. Die Corona-Zeit hat gezeigt, dass dies einfach machbar ist und die technischen Voraussetzungen sollten immer noch gegeben sein, womit fast keine Kosten anfallen dürften. An der Universität Bern setzen sich die Studierenden ebenfalls dafür ein, dass dieses Thema auf die politische Agenda kommt. Mit der lancierten Petition soll einem Anliegen der Studierenden das nötige Gehör verschafft und die Vereinbarkeit von Beruf und Studium verbessert werden. Das Vollzeitstudium ist aus der Zeit gefallen.

Dieser Beitrag der Jungfreisinnigen soll aufzeigen, wie wir uns für ganz konkrete Anliegen einsetzen und was wir leisten wollen. Mit dieser Petition starten wir den Schritt nach vorne, denn der liberale Wind muss wieder stärker fegen!

Cyril Bleisch, Präsident Jungfreisinnige BL

Nein zur Kostenbremse-Initiative

Kampagnenbild des Komitees «2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen».



Mir geht es wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Wenn die Prämien steigen, ärgert mich das. Eine wachsende Zahl Menschen bringen die ständigen Prämienhöhungen zunehmend unter finanziellen Druck.

Im Juni stimmen wir nun über ein vermeintliches Wundermittel gegen steigende Gesundheitskosten ab: die sogenannte Kostenbremse-Initiative. Der Name klingt verlockend, doch die Forderung hat es in sich: Die Initiative will nichts anderes als die Verankerung eines Kostendeckels in unserem Gesundheitswesen. Von diesem rigiden Vorschlag rate ich dringend ab. Weshalb?

Wenn die Kosten in einem Jahr – aus welchen Gründen auch immer – zu stark steigen, wären Bundesrat, Kantone und Parlament per Verfassung gezwungen, Notmassnahmen zu ergreifen. Um die Kosten innert kürzester Zeit zu senken, stünden im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung.

Mittelschicht bleibt auf der Strecke

Erstens die Rationierung von Leistungen. Ab November wäre Schluss mit Behandlungen (Notfälle ausgenommen) und es käme zu Wartezeiten, wie sie zum Beispiel in England heute schon traurige Realität sind. Die Kranken müssten warten. Die Wohlhabenden könnten sich wohl noch durchwursteln. Spätestens die Mittelschicht bliebe aber auf der Strecke. Die Folge: Zwei-Klassen-Medizin. Das ist der Schweiz nicht würdig und kein gangbarer Weg.

Pflegepersonal unter Druck

Als zweite Möglichkeit könnte die Politik Notmassnahmen innerhalb des Systems ergreifen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen beim Pflegepersonal oder noch längere Schichten wären in der kurzen Frist ein naheliegendes Szenario. Für solche Übungen biete ich keine Hand.

Gegenvorschlag bietet massgeschneiderten Lösungen

Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle. Das Parlament hat deshalb viele Stunden investiert, um Sparpotenziale zu identifizieren und Fehlanreize abzubauen. Herausgekommen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative mit massgeschneiderten Lösungen. Augenmass und Realitätssinn, das ist der Schweizer Weg. Und nicht ein starres Konstrukt auf dem Buckel der Kranken, Bedürftigen und Pflegenden. Deshalb: Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mittepartei.

«Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle.»



Damian Müller, Ständerat LU und Präsident der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

Symbolbild: Adobe Stock



Gigantische Kostenbombe für den Mittelstand

Nein zur Prämien-Initiative

Die Prämien-Initiative trifft den Nerv der Zeit: Endlich tiefere Prämien. Was verlockend klingt, ist aber brandgefährlich. Der Kostenpunkt der Initiative beläuft sich bereits 2030 auf 11,7 Milliarden Franken pro Jahr. Tendenz steigend! Das ist mehr als doppelt so viel, wie die 13. AHV-Rente kostet. Den Initianten scheint jede finanzpolitische Verantwortung abhandengekommen zu sein.

Mehrkosten in dieser Grössenordnung können nicht durch Sparmassnahmen finanziert werden – dies sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft. Für die Mehrkosten, die beim Bund anfallen, müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunk-

te erhöht werden. Das Preisschild für den Mittelstand? Zusätzliche 1200 Franken pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt.

Föderalismus in Gefahr

Auch der Föderalismus ist durch die Prämien-Initiative gefährdet. Heute sind primär die Kantone für die Gesundheitsversorgung und das Verteilen von Prämienverbilligungen zuständig. Mit der Initiative würde das System der Prämienverbilligungen von oben herab gleichgeschaltet und der Föderalismus aus dem Gesundheitswesen verdrängt werden. Die Initiative ebnet so den Weg für ein staatliches Gesundheitssystem.

Reformen anstatt Symptombekämpfung

Weil die Prämien für gewisse Menschen tatsächlich ein Problem darstellen, die Initiative jedoch masslos über das Ziel hinausschiesst, hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der einen gezielten Ausbau bei den Prämienverbilli-

«Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen.»

gungen vorsieht, bezahlbar ist und den Föderalismus wahrt. Der politische Fokus für die nächsten Jahre muss aber klar sein: Anstelle von Symptombekämpfung sind Reformen innerhalb des Gesundheitssystems gefragt. Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die von der Bevölkerung geschätzte Qualität erhalten bleibt.



Josef Dittli, Ständerat UR und Mitglied der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)



Symbolbild: Adobe Stock

FDP

Die Liberalen

2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

Felix Gutzwiller erklärt warum

Am 9. Juni

2x NEIN

zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative

Zum
Video



Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen



Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.



Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten

Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.



Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten

Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.



Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Tessiner Kantonswappen am Kantonsparlament Palazzo delle Orsolino in Bellinzona. Bild: Adobe Stock



Trotz neuer Konkurrenz

FDP behält Oberhand

Die FDP im Tessin geht erhobenen Hauptes aus den Gemeindewahlen hervor. Die Gemeindewahlen 2024 im Tessin haben den ausgezeichneten Gesundheitszustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Trotz des Aufkommens von Bürgerlisten und des Erscheinens neuer kleinerer politischer Kräfte überall hat sich die Partei als die massgebliche Kraft in der lokalen Politik des Kantons sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen deutlich bestätigt.

In Bezug auf die Gemeinden konnte die FDP ihre bereits wichtige Präsenz weiter ausbauen, indem sie die Anzahl der Vertreter in den Exekutiven um vier erhöhte und einige Herausforderungen in den

Städten gewann, wie zum Beispiel in Locarno, wo der Grossrat Nicola Pini erfolgreich zum Bürgermeister gewählt wurde. Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden. «Für uns war die entscheidende Kennzahl diejenige der Gemeinden und Bürgermeister, denn dort spürt man das grösste Gewicht der Gemeindeverwaltung. In diesem Sinne waren wir angenehm überrascht, wenn man bedenkt, dass wir viele offene Herausforderungen und eine beträchtliche Erneuerung hatten», betonte der kantonale Präsident Alessandro Speziali. Als Zeugnis für das positive Ergebnis dieser Wahl hat die FDP die absolute Mehrheit in einer wichtigen Gemeinde wie Ascona erlangt, die Position des Bürgermeisters in wichtigen Zentren wie Locarno,

Mendrisio, Chiasso und Biasca behalten und die Mehrheit in Bellinzona bestätigt.

Auch in Bezug auf die Wahl in die Gemeinderäte ist das Wahlergebnis der FDP positiv. Als Partei, die in vielen Gemeinden grosse Mehrheiten aufweist, hat das Aufkommen vieler kleinerer Listen das Ergebnis beeinflusst, aber die flächendeckende Präsenz der FDP im Tessin nicht beeinträchtigt. «Wir haben ein wenig unter dem Aufkommen dieser alternativen Listen gelitten, die einen Teil unserer Zustimmung erodiert haben, aber wir hatten es bereits eingeplant, weil es systemisch ist», kommentierte Alessandro Speziali weiter.



Wahlplakat des PLR Ticino, 2023.



Massimo Schira, Geschäftsführer und Kommunikationsverantwortlicher PLR Ticino

Die FDP Frauen vs Die Mitte

Der grosse Kampf um eine gerechte Besteuerung!



Am 7. September 2022 wurde die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz lancierte Initiative für die Individualbesteuerung («IIB») und somit für eine zivilstandsneutrale Besteuerung eingereicht. Die Individualbesteuerung würde mitunter zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe führen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat bereits einen indirekten Gegenvorschlag zur IIB ausgearbeitet. Die IIB und der indirekte Gegenvorschlag werden derzeit in den nationalen Räten beraten.

Die Mitte

BLAH BLAH BLAH

Jetzt doppelt aber die Mitte mit einer eigenen Initiative zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe nach.

Bei ihrem Vorgehen werden verheiratete Paare weiter bevorzugt und Konkubinatspaare und Patchworkfamilien hätten das Nachsehen.

OOOPS!

Ein Beispiel...

Josy und Paul leben im Einverdienermodell. Sie arbeitet, er schaut zuhause nach dem Rechten.

Josy verdient CHF 150'000. Beim Splittingmodell der Mitte würde für den anwendbaren Steuertarif die Hälfte des Einkommens berücksichtigt werden.

BOSS!

HUH?!

OOOPS!

WHAT?

Ist sie verheiratet, versteuert sie ihr Einkommen für die Bundessteuer zu 0.5%. Unverheiratet wären es 3.4%.

Die Heirat macht also einen Unterschied von ca. CHF 5'000 bei der Bundessteuer.



Jetzt die Individualbesteuerung unterstützen!

Werde Teil unseres Unterstützungskomitees!

Mehr Informationen unter www.fdp-frauen.ch oder www.individualbesteuerung.ch
 Autorinnen: Florence Pärli und Flavia Aebli



Warum bist du in der FDP?

Wir haben nachgefragt

Neun Mitglieder der FDP erzählen, warum sie sich für die FDP entschieden, und teilen persönliche Überzeugungen, welche sie auf diesen politischen Weg führten.



Julia Cotti, Neokantonsrätin Schwyz

«Bereits als Jugendliche realisierte ich als Teilnehmerin an der eidgenössischen Jugendsession, dass die zunehmende Polarisierung die Schweiz nicht weiterbringt. Ich entschied mich folglich wegen dieses prägenden Ereignisses und auch wegen der Werte – Freiheit, Gemeininn und Fortschritt – für die FDP und trat mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen bei.»



Rafaela Hug, Gemeinderätin von Glarus Süd

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil sie sich konsequent für die Freiheit und Eigenverantwortung einsetzt. Hierbei handelt es sich um politische Grundsätze, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind. Des Weiteren überzeugte mich schon früh, dass sich die FDP für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzt, in der jeder sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann.»



Roman Schöll, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil hier Leistung nicht nur geschätzt, sondern auch aktiv gefördert wird. Nationale und internationale Begegnungen auf Augenhöhe für die gemeinsamen Ziele und Werte runden die Arbeit ab.»



Anna-Sophia Spieler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

«Mir ist eine lösungsorientierte Konsenspolitik besonders wichtig. Dabei sollte jede Person die Freiheit haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund bin ich Mitglied im FDP-Team geworden.»



Georg Simmen, Landrat Kanton Uri

«Ich habe mich zu Beginn meiner politischen Karriere für die FDP entschieden, weil ich von den Prinzipien des Liberalismus überzeugt bin. Ich schätze an dieser Partei die offene Diskussionskultur und den Fokus auf pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.»



Daniel Gruber, Kantonalpräsident Zug

«Ich engagiere mich als neuer Zuger Kantonalpräsident für den freisinnig geprägten Liberalismus, der auf dem Leistungsprinzip beruht! Mit offenem Visier, klaren Worten und persönlichem Beispiel stehe ich ein gegen die Kontrollwut des Staates sowie die zunehmende Gleichgültigkeit der Individuen. Denn: Versiegt der Quell der bürgerlichen Tugend, findet man nur noch Untertanen, aber keine Bürger mehr!»



Sarah Fuchs, Kantonsrätin im Bezirk Meilen

«Die FDP ist die einzige Partei, die sich für liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen einsetzt. Sie steht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und marktwirtschaftliche Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik ein. Ich bin überzeugt, dass die Weichen für eine liberale Zukunft heute gestellt werden müssen. Mit meinem politischen Engagement als Kantonsrätin leiste ich meinen Beitrag dazu und will Antrieb für andere sein, sich ebenfalls für die Gesellschaft zu engagieren.»



**Muriel Frei, Vorstandsmitglied,
Kommunikationsverantwortliche
Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden**

«Vor sechs Jahren stand ich mit der Wahl in den Gemeinderat vor der Entscheidung, welcher Partei ich beitreten möchte. Für mich war klar: Die FDP vertritt ein liberales Gedankengut, das meine persönliche Einstellung widerspiegelt. Ausserdem setzt sich das FDP-Team für eine nachhaltige Politik ein, die nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Begrenzung der Schuldenlast im Fokus hat und unser einzigartiges Bildungs- und Innovationssystem fördert.»



Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil

«Als Ökonom bin ich daran gewöhnt, all die tollen Vorschläge aus der Politik zu Ende zu denken. Dabei stellt sich oft heraus, dass gut gemeinte Ansätze das Gegenteil von dem bewirken können, was die ursprüngliche Absicht dahinter war. In der FDP fühle ich mich nicht in einer Ideologie gefangen, sondern darf die Themen offen diskutieren und um Lösungen ringen. Die Effizienz des Marktes mit einem klar ordnenden Staat, der faire Spielregeln setzt, ist für mich das Erfolgsmodell der Schweiz. Die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind nötiger denn je und dienen als Kompass für die Entscheidungsfindung.»



Bild: Michel Lüthi/bilderwerft.ch

Podium mit Beat Habegger und Raphaël Karlen zusammen mit freisinnigen Stadtvertretern anlässlich des FDP Urban Forums 2023 in Zürich. Bild: FDP Urban



Die Städte als «Zünglein an der Waage»

Libérale Perspektiven für die urbane Politik

In den Städten werden viele politische Weichen gestellt. Und auch der Wahlerfolg auf kantonaler und nationaler Ebene hängt oft von der Stärke in den Städten ab. Deshalb haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz 2018 zu FDP Urban zusammengeschlossen. Seither konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Smart-City realisiert werden. Jüngstes Beispiel ist die Petition «Einen Stock höher bauen».

FDP Urban ist eine Initiative der FDP-Stadtparteien der grösseren Schweizer Städte mit dem Ziel, eine liberale Städtepolitik zu fördern. Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten. Zudem wollen wir die FDP-Stadtparteien untereinander vernetzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

«Die Städte sind oft «das Zünglein an der Waage» bei politischen Entscheidungen». Dies gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Auch der Wahlerfolg in den Kantonen und im Bund hängt oft von der Stärke in den Städten ab.

Städte als liberale Hochburgen

Für uns ist klar: Wir müssen eine liberale Städtepolitik fördern und die Städte zu Hochburgen der Freisinnigen machen. Wenn wir die Städte den Linken überlassen, wirkt sich dies längerfristig auch auf die kantonale Politik aus. Oder anders gesagt: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit freisinnige Stadtpolitik gelingt.

«Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

Nebst einer Resolution zur Mobilität in den Städten legte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz im Oktober 2023 einen 6-Punkte-Plan mit dem Titel «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

gegen die Wohnungsknappheit vor. Denn in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Das Angebot kann nicht mit der starken Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum Schritt halten. Um die Lebensqualität in den Städten zu sichern, sind gleichzeitig bestehende Grünräume zu schützen. Deshalb muss die Verdichtung in die Höhe und nicht nur in die Breite gehen, zumal es in den Städten keine «grünen Wiesen» mehr gibt, die sich für grosse Überbauungen eignen.

Stockwerkerhöhung als Lösungsansatz

In der Stadt Genf gilt schon seit 2008, dass Wohngebäude in gewissen Zonen um ein oder zwei



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban

«Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten.»



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban



Christian Wasserfallen, Simone De Montmollin und Raphaël Karlen bei der Präsentation der Petition «Einen Stock höher». Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Stockwerke erhöht werden können. Von den dort gesammelten positiven Erfahrungen sollen nun auch andere Schweizer Städte profitieren. So hat zum Beispiel die FDP Stadt Zürich jüngst eine Volksinitiative lanciert. Und auch weitere Städte, darunter auch die Stadt Bern, planen entsprechende Vorstösse und Initiativen für eine liberale Wohnraumentwicklung.

Im April 2024 entwickelte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz die Petition «Einen Stock höher», welche mit der Genfer Nationalrätin Simone De Montmollin und dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen den Medien vorgestellt wurde. Die breite mediale Berichterstattung zeigt, dass wir mit «Einem Stock höher» einen Lösungsansatz für ein drängendes Thema vorgeschlagen haben.

Stärkung des Netzwerkes

Dies bestärkt uns in der Weiterentwicklung von FDP Urban. Wir wollen vermehrt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten und das Netzwerk unter den Städten ausbauen. Und wir organisieren

auch dieses Jahr Veranstaltungen, wie etwa das FDP Urban Forum, das dieses Jahr im Mai zum Thema «Drogen und illegale Substanzen: Herausforderungen und Antworten» stattfand.



Beat Habegger & Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Mehr zur Wohnungspolitik der FDP:
www.fdp.ch/wohnung

Die Petition «Einen Stock höher» unterschreiben:
www.einen-stock-hoeher.ch

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiativen, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz zu FDP Urban zusammengeschlossen. Mitwirkung ist für alle interessierten FDP-Stadtparteien möglich.

Wir freuen uns auf neue Mitglieder und viele kluge Köpfe.

www.fdp-urban.ch

Symbolbild: Adobe Stock



Rahmenbedingungen für innovative KMU

Interview mit Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger, Nationalrätin für den Kanton Baselland und Vizepräsidentin der FDP.Die Liberalen-Fraktion sowie Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv), spricht über die aktuellen Herausforderungen und Chancen für die Schweizer KMU.

Wie steht es um die KMU in der Schweiz?

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhalten die Schweizer Wirtschaft am Leben und sind ein entscheidender Faktor für unseren Wohlstand. Sie bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die rund 550 000 KMU mit 1 bis 250 Beschäftigten geben über 3 Millionen Menschen Arbeit – also mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmenden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten bilden die KMU einen unverzichtbaren Puffer. Dank ihrer Innovationskraft und Flexibilität konnte unser Land bereits verschiedene Krisen meistern.



Daniela Schneeberger im Gespräch mit Beat Walti und Karin Keller-Sutter. Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Welche Herausforderungen müssen Schweizer KMU aktuell meistern?

Die grösste Herausforderung ist nach wie vor eine zunehmende überbordende Regulierung. Die administrative Belastung unserer Betriebe ist viel zu gross und verursacht jährliche Kosten von rund 70 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Ein Dauerthema für KMU ist die Berufsbildung. Diese muss gegenüber der akademischen Bildung weiter gestärkt werden. Digitalisierung und Nachhaltigkeit stellen für KMU weitere, nicht unwesentliche Herausforderungen dar.

Wie kann sich die FDP.Die Liberalen für die KMU einsetzen?

Die FDP kämpft für eine Entlastung unserer Unternehmen. So setzen wir uns beispielsweise für eine einfachere Lohnadministration und die Liberalisierung der Arbeitsvorschriften ein. Ich meine, wir sollten auch den Mut haben praxisfremde und administrativ aufwendige Gesetze zu eliminieren. Derzeit aktuelle Themen sind Sammelklagen, die zu Ungunsten der Unternehmen eingereicht werden, oder die drohende Übernahme des EU-Gewährleistungsrechts.

«Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.»

Welche Anliegen der KMU konnten Sie bereits im Parlament erfolgreich durchsetzen?

Die Modernisierung des Arbeitsrechts an die heutigen und absehbaren Realitäten ist im Gang. Beispiele sind, dass Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein sollen oder generell mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Homeoffice. Beides sind Vorstösse aus der FDP-Fraktion. Das Zollverfahren wurde modernisiert und die Industriezölle wurden abgeschafft.

Wie gross ist die Problematik des Fachkräftemangels, wie kann man dem entgegenwirken?

Es wird zunehmend schwieriger, Ingenieure, Informatiker und Fachleute im Gesundheitswesen und in der Gastronomie zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir die entsprechenden Bildungswege in unserem Land fördern. Unser duales Berufsbildungssystem bietet hier gute Chancen. Der Weg der dualen Berufsbildung ist zu stärken, und zwar auch auf dem Weiterbildungsweg.

Welche Rahmenbedingungen braucht es für KMU, damit sie innovative Produkte und Dienstleistungen hervorbringen?

Es braucht einen unkomplizierten Zugang zu Investitionskapital, eine moderne Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte und interessante steuerliche Rahmenbedingungen. Und auch hier muss der Grundsatz gelten: Gestalten statt verwalten. Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.



Severin Thoma, Praktikant im Generalsekretariat

Bild: FDP Solothurn



Engagement gegen Bürokratie-Ausbau

Die 1:85 Initiative im Rückblick

Im März 2024 entschied das Solothurner Stimmvolk über die «1:85-Initiative» der Freisinnigen. Damit hätte der Ausbau der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden sollen. Auch wenn das Anliegen mit 55% Nein-Stimmen abgelehnt wurde, konnte die FDP weit über ihren Wähleranteil von 25% punkten.

Sabrina: Während der Corona-Epidemie wurden in unserer Verwaltung viele neue Stellen geschaffen. So kamen wir auf die Idee, hier genauer hinzuschauen und nach Lösungsansätzen zu suchen.

Stefan: Wir schauten die Zeitachse an und stellten fest, dass die Stellen beim Staat in den letzten zehn Jahren doppelt so rasch gewachsen waren wie die Bevölkerung. Eine Korrelation zwischen Bevölkerung und staatlichen Stellen herzustellen, fanden wir plausibel, gibt es da doch klare Abhängigkeiten. So kamen wir auf 1:85.



Einreichung der Volksinitiative vor dem Solothurner Rathaus. Bild: FDP Solothurn

Sabrina: Auf 85 Einwohnende kam eine Stelle. In der Zwischenzeit, vier Jahre später, ist es leider schon eine Staatsstelle auf 82 Einwohner. Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.

Stefan: Wir wollten mit unserer Initiative gegen die Bürokratie vorgehen. Dass die Administration immer stets wächst, ist kein Naturgesetz.

Sabrina: Bereits in der Kantonsratsdebatte zeichnete sich ab, dass Mitte-Links wie auch der bürgerliche Regierungsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden. Eine Mehrheit des Parlaments und des Regierungsrats zog es vor, ohne Schranken «weiterzuwursteln» – die Aufweichung der Schuldenbremse lässt grüssen – und den Staatsapparat aufzublähen. Im Abstimmungskampf setzen wir bewusst auf ein etwas polarisierendes Sujet unter dem Motto «Rennpferd statt Amtsschimmel». Dies brachte uns Kritik, aber auch viel Zustimmung ein.

Stefan: Unsere Gegner operierten vor allem mit Angst und einem drohenden Abbau von Leistungen und 140 Stellen. Dies, obwohl in den kommenden

«Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.»

Jahren über 500 Staatsangestellte in den Ruhestand gehen. Vor allem bei den Staatsangestellten verdingt dieses Angstargument.

Sabrina: Rückblickend versuchten wir wohl etwas zu wenig, den Dialog mit den Staatsangestellten und der politischen Mitte zu suchen und unser Anliegen vorab zu erklären.

Stefan: Wir bleiben am Thema dran. Auch wenn in der Solothurner Kantonsverwaltung an vielen Stellen sehr gut gearbeitet wird, ist die Tendenz beunruhigend. Denn kurze Wege und eine bürgernahe Verwaltung sind einer der grossen Vorteile unseres Kantons. Das wollen wir aufrechterhalten, unserem Staat Sorge tragen und staatliche Begehrlichkeiten bekämpfen. Nur Bürgerinnen und Bürger, die auch über Gestaltungsraum verfügen, können ihre Verantwortung und Freiheit wahrnehmen.



Sabrina Weisskopf-Kronenberg, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen SO



Stefan Nünlist, Kantonsrat und Kantonalpräsident FDP.Die Liberalen SO

Thierry Burkart im Interview. Bild: FDP Schweiz



«Ich bin nicht bereit, unsere Seele für kurzfristige Gewinne zu opfern.»

Thierry Burkart im Interview

«Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land.»

Der FDP-Präsident Thierry Burkart will die Bundesfinanzen wieder gesundsparen, koste es ihn politisch, was es wolle.

Herr Burkart, im Parlament wird versucht, höhere Ausgaben für die Armee und für den Wiederaufbau der Ukraine an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen. Bis jetzt sind keine FDP-Parlamentarier in diesen Kuhhandel verwickelt. Das muss Sie beruhigen. Die Position der FDP ist klar. Wir wollen dem Verfassungsauftrag gerecht werden und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz stärken – deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Armee ab 2030 ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erhält. Aber auch die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Verfassungsauftrag ...

... der für die Mitte-Partei offensichtlich nicht mehr zählt. Die beteiligten Mitte-Parlamentarierinnen erweisen sich als Steigbügelhalterinnen von Cédric Wermuth. Die Linke will mit einer als «Paket» getarnten 15-Milliarden-Verschuldung die Schuldenbremse demolieren, Sparleistungen verhindern und erst noch die Hilfe für die Ukraine zusätzlich zu den Geldern für die Entwicklungshilfe finanzieren. Wir werden beides bekämpfen. Mit neuen Schulden löst man keine Probleme.

Die «Aargauer Zeitung» hat sinngemäss geschrieben, die FDP unter Ihnen sei die einzige Partei auf der ganzen Welt, die sich noch fürs Sparen statt fürs Geldausgeben ausspreche. Wer in der Politik spart, macht sich unbeliebt. Das sind keine guten Voraussetzungen, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen.

Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land. Nur weil diese zentralen Werte vergessen werden, heisst das nicht, dass sie nicht mehr richtig sind. Ich bin nicht bereit, unsere Seele für Klientelpolitik und für kurzfristige Gewinne zu opfern und damit die Zukunft unseres Landes zu gefährden.

Die 13. AHV-Rente kostet 4 bis 5 Milliarden jährlich. Ihre Partei sagt kategorisch Nein zum Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SP wirft Ihnen offene Verachtung des Volkswillens vor.

Die Aufregung der SP ist gekünstelt. Es steht ausser Frage, dass die 13. AHV-Rente ab 2026 aus-

bezahlt wird. Die Gegenfinanzierung hat die Initiative aber offengelassen, und sie muss daher politisch ausdiskutiert werden. Auch hier gilt dasselbe wie bei der Armee: Wir sind nicht bereit, jetzt einfach über zusätzliche Steuern und Abgaben auf Kosten des werktätigen Mittelstandes zu reden, bevor man nicht ernsthaft prüft, wo man sparen kann. Wir unterstützen den Bundesrat darin, eine strukturelle Reform der AHV vorzubereiten. Es braucht eine umfassende Auslegeordnung zur AHV und keinen Schnellschuss. Die zuständige Nationalratskommission teilt diese Haltung. Die 13. AHV-Rente wird ab 2026 ausbezahlt, die AHV rutscht ohne Zusatzfinanzierung ruckzuck ins Minus. Wir können die zusätzlichen Ausgaben während einer beschränkten Zeit zulasten des AHV-Fonds finanzieren. Diese Zeit müssen wir uns nehmen, damit wir eine verantwortbare und ehrliche Dauerlösung zimmern können. Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.

Gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Interviews vom 6. Mai 2024

KOLUMNE

Wir brauchen nachhaltige Reformen!

Beim Zustandekommen der 13. AHV spielten die Medien eine grosse Rolle. Es war schwierig, einer Stimmbevölkerung die finanziellen Konsequenzen einer 13. AHV-Rente zu verdeutlichen, deren Meinung im Laufe der Wochen durch eindringliche und berührende Medienberichte geprägt worden war. Die Ausgangssituation wurde teilweise korrekt dargestellt, aber nicht die Lösung, und vor allem nicht die Konsequenzen der als ideal angepriesenen Lösung.

Die Reform der zweiten Säule dagegen ist eine echte Verbesserung. Denn sie ist eine Lösung mit einem nachhaltigen Finanzierungsvorschlag. Sie reduziert den Beitragssatz um zwei Prozent und verringert somit die Belastung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Zudem ermöglicht sie Menschen, die mehrere Jobs oder ein bescheidenes Einkommen haben, Zugang zur zweiten Säule. Diese Reform verbessert die



Altersvorsorge für über hunderttausend Menschen und verringert, durch die Reduzierung des

Umwandlungssatzes, die Umverteilung von etwa sechs Milliarden Schweizer Franken zwischen den Generationen.

Einige werden sagen, dass diese Lösung nicht ideal ist. Ich möchte aber nicht zulassen, dass eine weitere Generation ohne zweite Säule in Rente gehen wird. Eine zusätzliche Rente jeden Monat aus der zweiten Säule verändert den Alltag viel mehr als eine 13. Rente am Ende des Jahres. Es ist keine Idealvorstellung, es ist eine Verbesserung und eine notwendige Verbesserung.

Obwohl griffige Slogans bei komplexen Themen oft einfacher sind, erfordert echte Verbesserung grundlegende Reformen. Ich werde mich für eine nachhaltige Reform der zweiten Säule einsetzen. Hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

Johanna Gapany, Ständerätin FR und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Verpasse nie wieder spannende Updates!

Jetzt dem WhatsApp-Kanal der FDP Schweiz beitreten



Parolenspiegel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Prämien-Initiative



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Impfpflicht-Initiative



JA

Stromgesetz (Mantelerlass)